

Sparkassen

Zeitung



Nummer 9 | September 2011 | 98. Jahrgang

„Müssen neue Produkte entwickeln!“

Peter Bosek: Regulatorien und Eigenmittelanforderungen brauchen steigende Kundenzahlen – Provisionserträge werden schmaler



Peter Bosek: „Rückgang im Provisionsertrag unvermeidlich.“

Die Kapitalmärkte sind in Turbulenzen, die Konjunkturverflachung steht bevor, und die Verunsicherung der Kunden kehrt zurück. Die Banken stehen vor neuen Regulativen, der Notwendigkeit des Ausbaus der Eigenmittel und dem Angebot neuer Produkte für geändertes Kundenverhalten. Peter Bosek, Vorstandsmitglied der Erste Bank Oesterreich, skizziert im Interview die gegenwärtige Ausgangslage und die strategischen Neuausrichtungen.

Sparkassenzeitung: Die Volatilität der Börsen ist wieder da, Basel III steht vor der Tür, die Bankensteuer ist Realität, neue Regulatorien werden allenthalben gefordert, und die Konjunkturaussichten sind trüber als vor einem halben Jahr. Welche Auswirkungen hat das alles auf das laufende Geschäft?

Bosek: Die Politik gibt sich auch kräftig Mühe, für Volatilität an den Börsen

zu sorgen, wenn ich mir den kritischen Blick nach Ungarn und den Umgang mit dem Thema Fremdwährungspolitik erlauben darf. Auch die Staatsverschuldungsthematik ist für die Kapitalmärkte nicht nachhaltig gelöst. Die Verunsicherung ist nicht nur auf den Märkten, sondern naturgemäß auch bei den Kunden wieder gewachsen. Erfreulicherweise ist sie aber nicht so groß wie in den Jahren 2008 und 2009. Und es gibt auch positive Signale. So war etwa die Nachfrage nach Wohnbaufinanzierung zu Jahresbeginn um rund 25 Prozent höher als im Vorjahr, auch wenn sie jetzt wieder etwas schwächer wird.

Merkt man im Primärmittelaufkommen schon wieder Krisensparen?

Das Aufkommen steigt leicht, aber nicht signifikant. Die Preissteigerungen sind ja beachtlich, und auch die Realeinkommen sind nicht spektakulär gestiegen. Den Menschen bleibt der-

zeit nicht mehr übrig. Das Wertpapiergeschäft der Privaten ist verständlicherweise rückläufig.

Daher ist meiner Meinung nach jetzt der Zeitpunkt gekommen zu überlegen: Wie schaut das Wertpapiergeschäft etwa in drei Jahren aus?

Sie erwarten eine grundsätzliche Änderung des Kundenverhaltens?

Bisher war das Wertpapiersparen integraler Bestandteil der Alters- oder Lebensvorsorge. Doch derzeit gibt es eigentlich keine risikolosen Assets. Wenn uns die Kunden aktuell fragen, wie sie Geld anlegen sollen, das sie in 15 Jahren brauchen, dann können wir derzeit keine schlüssige Antwort im Sinne vernünftigerweise zu erwartender Performance geben. Daran müssen wir arbeiten, da muss es in absehbarer Zeit neue Produkte geben. Es wird notwendig sein, uns im Wertpapiergeschäft gegenüber den Kunden neu zu positio-

MEINE MEINUNG



Michael Ikrath
Generalsekretär
des Sparkassenverbandes

Krise mit Austro-Turbo

Eines ist klarer denn je: Die Krise auf den internationalen Finanzmärkten ist die Antwort der Investoren auf die globale Schuldenpolitik der meisten Industriestaaten. Der Vertrauensverlust ist enorm, an der Ernsthaftigkeit der vielen Beteuerungen zur nachhaltigen Konsolidierung wird vorerst weltweit gezweifelt. Die jüngsten Warnsignale aus Griechenland sind nur einige der vielen Symptome. Das Zögern – statt kantigem Zupacken – in Berlin, Paris oder Brüssel führt zu Volatilitäten auf den Kapitalmärkten bzw. zu teilweise völlig irrationalen Entscheidungen der Investoren. Und sie haben bereits erste Auswirkungen auf das Investitionsverhalten in der Realwirtschaft.

Doch keiner zucke jetzt mit den Achseln und behaupte, hierzulande könne man eben nichts machen! Weil wir ja als Land so klein und unbedeutend seien ... Österreich ist nämlich drauf und dran, die Krise durch hausgemachte Fehlentscheidungen und rein politisch motivierte Steuerdiskussionen autonom für sich selbst zu verschärfen. Da sind Brandbeschleuniger unterwegs. Gerade jetzt zeigt sich beispielsweise mit aller Deutlichkeit, welchen Bärendienst man dem heimischen Kapitalmarkt mit der Kursgewinnbesteuerung erwiesen hat. Dazu gesellt sich – zu allem Überdross – eine aus parteitaktischen Gründen angeheizte Diskussion über die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer. In einem Land, das

bei der Steuer- und Abgabenbelastung im OECD-Spitzenfeld liegt, sind solche Debatten Gift für den Standort generell, aber auch Gift für den Finanzplatz und ein weiterer Anschlag auf die Glaubwürdigkeit der öffentlichen Hand.

Steuerpolitische Vernunft und Wissen um die Zusammenhänge sind in diesem Lande dünn gesät. Umso erfreulicher ist es, dass die Finanzministerin als Fels in der Brandung der hohen Wellen fiskalischer Begehrlichkeit klare Positionen bezieht. Sie hat schon mehrmals eine Substanzbesteuerung in einem Hochsteuerland eine eindeutige Absage erteilt und hält – mit Recht – schon die Debatte über eine allfällige Vermögenssteuer vor allem standortpolitisch für ein verheerendes Signal.

Auch ihr Bemühen, durch Verordnungen, die sich an den Möglichkeiten der Banken und dem Hausverstand von Investoren orientieren, die Kursgewinnbesteuerung bei Wertpapieren operativ überhaupt administrierbar zu machen, ist zu würdigen. Denn das Gesetz selbst erfüllt über weite Strecken diese Anforderung leider nicht.

Bleibt die bittere Erkenntnis, dass die Finanzmarkturbulenzen von einem hausgemachten Austro-Turbo zusätzlich angefacht werden. Es ist höchste Zeit, diesen Turbo zu stoppen.

VERANSTALTUNG



Wechselnd bewölkt im Dorf der Denker

Reportage zum Umfeld der Finanzmarktgespräche in Alpbach

Seite 3

SPARKASSEN



„Die Biene steht für bewährten Wertekanon“

Christian Aichinger zur Logoumstellung

Seite 5

VERANLAGUNG



Nicht alles, was glänzt, ist Gold

Kommentar von ESPA-Geschäftsführer Franz Gschiegl

Seite 6

SPARKASSEN NEWS

Einmaliges Naturerlebnis trotz Wetterkapriolen

Lauf- oder Wandergenuss über 52 Kilometer, 2.200 beschwerliche Höhenmeter, ein grandioser Ausblick auf die faszinierende Bergwelt – das erleben sportliche Naturliebhaber beim diesjährigen Karwendelmarsch Ende August.

Trotz stürmischen Winds, starken Regens und herbstlicher Temperaturen gingen 1.200 Läufer, Wanderer und Nordic-Walker an den Start. Seit der Neuauflage 2009 ist der Sparkassen-Landesverband Tirol und Vorarlberg Partner des beliebten Volksmarsches. „Gemäß dem Gründungsgedanken und dem gesellschaftlichen Engagement fühlen sich die Sparkassen den Menschen in ihrer Region über das reine Geldleben hinaus verantwortlich. Deshalb sind wir auch beim Karwendelmarsch in der Überzeugung dabei, die Bedeutung nachhaltiger Vorsorge auf breiter Basis für alle Lebenslagen bewusst zu machen“, so der Geschäftsführer des Sparkassen-Landesverbandes, Rudolf Ofer.



Landesverbands-Geschäftsführer Rudolf Ofer sowie Martin und Markus Tschoner gratulieren Claudia Walder und Thomas Bosnjak zum Tagessieg.

Unterstützung für Volleyballer

3.000 Personen üben Volleyball in Kärnten regelmäßig aus, weit mehr als 10.000 Sportaffine betreiben den Volleyballsport leidenschaftlich, wenn auch nicht regelmäßig. 1.000 Spielerinnen und Spieler nehmen an den Meisterschaften des Kärntner Volleyballverbandes teil. Dieser wird bereits seit Jahren von der Privatstiftung der Kärntner Sparkasse unterstützt. „Ich sehe den Kärntner Volleyballverband sozusagen als Dachorganisation der von uns intensiv unterstützten Sparkasse-Schülerliga Volleyball. Mit Hilfe des Kärntner Volleyballverbandes können die Schülerliga-Spielerinnen auch nach der Schülerliga-Karriere dem Volleyballsport gut organisiert nachgehen“, unterstreicht der Marketingleiter der Kärntner Sparkasse, Diethard Theuermann, die Bedeutung des Engagements in einer aufstrebenden Sportart.



Kärntner Volleyballverbands-Präsident Peter Kaiser, Vizepräsident Otto Frühbauer und Diethard Theuermann von der Kärntner Sparkasse mit Kärntens weiblicher Volleyballelite

Theatererlebnis für Sparkassenkunden

Erstmals rückte das neu gegründete Zillertaler Mobiltheater in den Blickpunkt der Öffentlichkeit. Das Theaterfestival im Steudltenn in Uderns bot in den Sommermonaten hochwertige Kulturveranstaltungen. Am 19. August öffnete der Steudltenn exklusiv für Kunden der Sparkasse Schwaz. Die „todsichere Komödie“ von Lothar Greger, „Mein Freund Kurt“, überzeugte auf ganzer Linie.



Das Team des Zillertaler Mobiltheaters mit Vertriebschef Helmut Rainer (4.v.l.) und Sylvia Hauser (2.v.r.) von der Sparkasse Schwaz

nieren, damit wir auch in Zukunft einen Mehrwert schaffen. Mehrwert zu schaffen im doppelten Sinn wird eine zentrale Aufgabe von uns Sparkassen sein. Dazu gehören auch neue Produktlösungen.

Die Wertpapier-Verunsicherung hat natürlich auch Auswirkungen auf unser Provisionsgeschäft. Es kann nicht sein, dass uns mehr übrigbleibt als dem Kunden. Die Anleger wollen ja einen Wertanstieg sehen! Natürlich muss auch die Bank etwas verdienen. Also, das ist die Herausforderung der kommenden Monate, und wir haben da schon ein Projekt gestartet, um zu neuen Antworten zu kommen. Denn ich glaube nicht, dass wir es jetzt nur mit einer vorübergehenden Kapitalmarktschwäche zu tun haben, Ende Oktober die Welt dann wieder in Ordnung ist und der ATX bei 4.000 Punkten liegt. Wir erleben tiefere Veränderungen.

Also eine Idealsituation für die umfassende Renaissance der Lebensversicherung?

Das glaube ich so nicht. Die Versicherungen müssen sich jetzt überlegen, wie sie den Deckungsstock in Zukunft managen, um die Garantieverzinsungen sicherstellen zu können, denn auch diese Situation ist in der Kapitalmarktphase sehr herausfordernd.

Und der Einmalerlag im Lebensversicherungsgeschäft ist ebenfalls unter Druck ...

... weil eben die Verlängerung der Laufzeit von den Kunden so nicht akzeptiert wird. Das war steuerlich ein Schuss ins Knie. Die Finanzministerin muss jetzt erkennen, dass die 15 Jahre Behaltfrist komplett gegen den Markttrend waren. Was übrigens Generaldirektor Geyer von der Städtischen immer vorhergesagt hat. Die Rahmenbedingungen für die Versicherungen haben sich geändert. Die Kunden nehmen derzeit keine langen Laufzeiten mehr, das gilt praktisch für alle Veranlagungskategorien.

Doch die Versicherungen haben andere Stärken. Es gibt niemanden, der so risikotragfähig ist wie Versicherungen und sie beherrschen die Verrentung von Ansprüchen, weil sie da das entscheidende Know-how haben.

Was heißt das jetzt aus Bankensicht?

Nun, wir können im Rahmen der Zusammenarbeit mit der Städtischen und der s Versicherung über Produktkombinationen nachdenken. Wir in der Bank sind die Kapitalsammelstelle, und dabei sind wir auch auf der Kostenseite für den Anleger günstiger. Auf der anderen Seite liefert die Versicherung dazu die Risikotragfähigkeit und die Verrentung. Das ist ein riesiges Asset der Versicherungswirtschaft.

Die Bank kann das nicht?

Nein, wir haben nicht die Basis dafür. Wir müssen uns daher jetzt zusammenschließen, um neue Produkte zu entwickeln. Es dauert ja dann ohnehin einige Jahre, bis sich das im Markt festsetzt. Nehmen Sie die s Wohnbaubank als Beispiel: Dort gibt es die s Wohnbauleihen, die auf monatlicher Basis ausschütten. Das ist das perfekte Pensionsprodukt. Man kauft Wohnbauleihen und bekommt monatliche Zinsausschüttungen. Maßgeschneidert und steuerfrei.

Wie funktioniert die Vertriebskooperation mit der Vienna Insurance Group aus der Sicht der Erste Bank?

Sehr gut. Wir haben einen Partner in der Versicherung und für unsere Kunden, der Produktgestaltung hauptberuflich macht. Wir haben darüber hinaus die Möglichkeit bekommen, einen mo-



Peter Bosek, hier mit Sparkassenzeitung-Chefredakteur Milan Frühbauer: „Kooperation mit der Städtischen für Produktentwicklung nutzen.“

bilen Vertrieb zu nutzen. Da gibt es noch ein Riesopotential. Die Zusammenarbeit bei der s Bausparkasse läuft sehr gut, und auch beim Autoleasing sind wir ein gutes Stück weitergekommen. Grundsätzlich ist das eine sehr wichtige Partnerschaft, denn es ist entscheidend, dass Österreich zwei große eigenständige Institutionen im Bereich Banken und Versicherungen hat. Konzerne, die unabhängig sind und wo die Entscheidungen in Österreich fallen. Wir sind gemeinsam der finanzielle Blutkreislauf Österreichs.

Was bedeuten die besprochenen Rahmenbedingungen für die Ertragslage?

Die Ertragslage der Erste Bank Oesterreich ist durchaus zufriedenstellend. Die Risikovorsorgen, die wir während der Krise vorgenommen haben, sind weitgehend nicht schlagend geworden. Das heißt, wir können da zurücknehmen. Wir haben in den letzten Jahren vor allem für ein konservatives Retailportfolio und Wohnbauportfolio gesorgt.

Mittelfristig wird es wahrscheinlich einen Rückgang im Provisionsgeschäft geben. Bei der Zinsspanne zählt ja Österreich zu den Ländern mit eher engen Margen, da müssen wir schauen, ob wir nicht nach oben anpassen können. Ändern wird sich die Struktur der Erträge hingegen wohl spürbar. Aber ich wäre ein Scharlatan, behauptete ich jetzt, ich wüsste derzeit, wie sich unsere Ertragslage in drei Jahren definiert. Was ich hingegen sicher weiß: Wir müssen alles daransetzen, mehr Kunden zu gewinnen. Die Banken mit den meisten Kunden werden mittelfristig die Gewinner sein.

Also volle Kraft voraus für das Neukundenmarketing?

Ja, das gilt für die Erste Bank genauso wie für die Sparkassen. Denn wir haben zwei gegenläufige Bewegungen zu bewältigen: Auf der einen Seite verschärfen sich die Regularien extrem. Das heißt, es wird für kleinere Institute immer schwieriger, die Regularien zu erfüllen. Basel III kostet Eigenkapital und bindet Ressourcen. Andererseits werden sich die Ansprüche der Kunden verändern. Weiters dürfte auf absehbare Zeit das Zinsniveau relativ niedrig bleiben, und die Provisionserträge werden niedriger ausfallen als bisher. In diesem Mix der Einflussfaktoren kommt man nur durch, wenn eine entsprechend hohe Kundenzahl die Ertragschancen erhöht und gleichzeitig auch die Effekte der Fixkostendegression lukriert werden können.

Die Hauptzielgruppen sind wohl Jugendliche und Menschen mit Migrationshintergrund?

Ja, auch. Die Migrantenfrage ist vor allem in Wien ein Thema, aber auch in anderen Ballungszentren. Hier ha-

ben wir aber mit der muttersprachlichen Beratung der Kunden beste Erfahrungen gemacht. Sie ist fast wichtiger als das Produkt selbst. Wir werden dieses Konzept jetzt auf das kleine Kommerzgeschäft übertragen. Denn unter den Migranten sind viele Menschen, die beruflich sehr fleißig und engagiert sind, die sich selbstständig machen wollen und die sozial aufsteigen möchten. Das ist eine hochinteressante Zielgruppe mit unternehmerischem Elan und überdurchschnittlicher Einsatzbereitschaft.

Stichwort Kunden. Bleibt es bei den ehrgeizigen Zielen der Neuaquisition?

Ja, es bleibt dabei. Unser Ziel für heuer sind 30.000 neue Kunden netto in der Erste Bank Oesterreich, und wir sind auf gutem Wege, dieses Ziel bis Jahresende zu erreichen. Irgendwann hätte ich als Erste Bank Oesterreich gern eine Million Kunden. In diesem Jahr kommen wir in die Nähe der 800.000.

Wird es bei Kooperationen wie mit Tchibo oder der OMV Neuaufgaben geben?

Das ist eine Frage der Gelegenheit. Wir machen das gern, wenn es eine Marke ist, die zu uns passt. Wenn man eine solche Aktion österreichweit machen will, muss man allerdings alle Sparkassen ins gemeinsame Boot holen. Die Bereitschaft dazu ist groß, das Mühevoll ist dann aber die Ausgestaltung der Konditionen. Wir werden das jedenfalls in diese Richtung weitermachen, denn damit kann man auch einen Standortnachteil gegenüber dem Hauptkonkurrenten teilweise egalieren. Mit solchen Aktionen erwecken wir Aufmerksamkeit bei bestehenden und potentiellen Neukunden.

Fast jeden Tag erschallt irgendwo der Ruf nach mehr Eigenkapital für Banken.

Für mich ist klar, es wird mehr Eigenkapital geben müssen. Aber die Zinsmargen sind hierzulande im Europavergleich recht bescheiden, was die Notenbank dankenswerterweise immer auch in Studien nachweist. Die Margen haben zwar Potential nach oben, aber die Kunden sind da wesentlich sensibler geworden.

Der Wettbewerb bleibt gleich, denn in Österreich hat – ganz im Gegensatz zu den USA – keine Bank zugesperrt. Das gilt für die meisten europäischen Länder. Wenn man also mehr Eigenkapital braucht, dann braucht man mehr Gewinne, denn in der gegenwärtigen Situation an den Börsen sind Kapitalerhöhungen wohl ein Randthema. Für mehr Gewinn braucht man – bei hartem Wettbewerb und durchaus konditionensensibler Klientel – mehr Kunden. Daran führt kein Weg vorbei.

*) Das Interview führten Milan Frühbauer und Helmut Reindl.

70 % Zinsenbonus zu unserem 70. Geburtstag!*

Feiern Sie mit uns 70 Jahre Ich-Du-Er-Sie-Es Bausparen. Beim Abschluss eines neuen s Bausparvertrages schenken wir Ihnen jetzt einen Zinsenbonus in Höhe von 70%*. Nähere Informationen erhalten Sie bei Ihrem Ich-Du-Er-Sie-Es Berater sowie in jeder Erste Bank, Sparkasse und Bank Austria.



BAUSPARKASSE

70 Prozent Zinsenbonus zum Geburtstag

Die s Bausparkasse feiert heuer ihr 70-jähriges Bestehen. Aus diesem Anlass erhält jeder Kunde, der von 1. Oktober bis 31. Dezember einen Bausparvertrag abschließt, einen Zinsenbonus von 70 Prozent des jeweiligen Zinssatzes im ersten Laufzeitjahr. Alle Details bei der s Bausparkasse.

Zeit zum Feiern: Das aktuelle Werbeposter der s Bausparkasse verheißt einen attraktiven Zinsenbonus.

* Angebot gilt im Zeitraum von 1.10. bis 31.12.2011. Der Bonus in Höhe von 70% des jeweiligen Zinssatzes gilt im 1. Laufzeitjahr des Bausparvertrages bis max. 1.200 Euro Einzahlung und nur bei Einhaltung der Mindestlaufzeit des Bausparvertrages. Mehrschichtkonditionen sind nicht möglich.

Wechselnd bewölkt im Dorf der Denker

Eine Reportage zum Umfeld der Finanzmarktgespräche in Alpbach

Von Fabian Graber *)

Die Gehirnzellen werden beim Europäischen Forum Alpbach in der ersten sogenannten Seminarwoche aufgewärmt. Es ist die Zeit, die hauptsächlich den jungen Stipendiaten aus 67 Ländern vorbehalten ist, die heuer zum Generalthema „Gerechtigkeit – Verantwortung für die Zukunft“ Veranstaltungen in den Räumen der Hauptschule besuchen und heftig diskutieren.

Eine Woche später ist die Hauptschule wieder Brennpunkt des Forums, in einem Klassenraum im Erdgeschoß stehen die Leute bis auf den Gang hinaus, um einem prominent besetzten Arbeitskreis der Alpbacher Wirtschaftsgespräche beizuwohnen. Das Forum begibt sich nun, nach hochkarätigen Gesprächsrunden zu Gesundheit, Wissenschaft, Reformen, Lobbying, Technologie und Politik, in die finale Phase.

Im Schatten der Krise

Andreas Treichl, Generaldirektor der Erste Group, spricht mit anderen Spitzenmanagern über die Vorbildwirkung ihres Berufsstandes, dessen Image in Zeiten der Krise angekratzt ist – zu Unrecht, wie Treichl in gewohnter Direktheit festhält: „Die Schuld dafür liegt nicht bei uns. Wir wären bereit, alles zu tun, zum Beispiel in die Bildung zu investieren. Eine partnerschaftliche Diskussion ist aber anscheinend nicht möglich. Und vernünftige Gesprächspartner kriegen wir auch keine.“

Mittlerweile ziehen dunkle Wolken auf. Die letzten drei Tage des Forums sind angebrochen, der September hat begonnen – die Finanzmarktgespräche sind im Gange. Es sind schwierige Zeiten, in denen die Veranstaltungen zu Schuldenproblemen, Bankenregulierung, Vertrauenskrisen und anderen hochaktuellen Themen stattfinden. Was ist gerecht? Was bedeutet es, Verantwortung für die Zukunft zu übernehmen? Und wie viel Staat braucht der Markt?

Erzwungene Einsparungen

Diese Fragen bergen Stoff für lebhafteste Diskussionen zwischen den anwesenden Bankern, Politikern und Stipendiaten. Erhard Busek, Präsident des Forums Alpbach, eröffnet die Finanzmarktgespräche, übergibt das Wort an Rainer Münz, den Koordinator dieser Veranstaltung. „Die Kapitalmärkte erzwingen Einsparungen, die im normalen politischen Prozess nicht durchsetzbar sind“, betont Münz und spricht damit das Dilemma vieler Staaten an. In der Diskussion werden die anwesenden Experten, darunter Notenbankgouverneur Ewald Nowotny und Thomas Mayer, Chefökonom der Deutschen, schnell einig, dass die hohe Verschuldung kaum noch Spielraum für weitere Defizite lasse. Nowotny spricht von einem „Steady Hand Approach“: Es müssten „Institutionen mit Biss geschaffen werden, um die Verschuldung zu bremsen. Ohne Hysterie, mit Blick auf die Reali-



Die Finanzmarktgespräche standen im Schatten der Krise.

tät“. Bei den Wirtschaftsgesprächen erst äußerte sich EU-Wettbewerbskommissar Joaquin Almunia zu den Problemen der Währungsunion. Er sprach sich für eine tiefere Integration aus, denn es sei „unsere Pflicht, künftigen Generationen nicht nur geringere öffentliche Schulden zu hinterlassen“.

Vizekanzler Michael Spindelegger betonte, dass er die Zerlegung der Geldhäuser in Geschäfts- und Investmentbanken ablehne, denn die Banken seien „auf die Investorsträge angewiesen, ohne die den Sparer nur geringe Zinsen geboten werden können“. Vor allem die Aussagen von Politikern, die nicht in Alpbach anwesend sind, lassen die Wogen hochgehen. So findet auch das Thema Vermögenssteuern den Weg in das Dorf der Denker. Christoph Neumayer, Generalsekretär der Industriellenvereinigung, sagt es deutlich: Eine Vermögenssteuer sei „weder gerecht noch fair und rechnerisch schon gar nicht machbar“. Auch Karl Aiginger, Chef des WIFO, lässt aufhorchen, als er meint, dass „bei einer Vermögenssteuer nicht viel herauskommt“. Finanzministerin Fekter hält von neuen Steuern überhaupt wenig. Sie fordert eine Budgetkonsolidierung ohne Steuererhöhungen, denn für die gebe es „keinen Spielraum mehr in Österreich“.

Chancen in ungewissen Zeiten

Dann haben die Banken schließlich ihren großen Auftritt, während sich die Wetterlage keineswegs gebessert hat. Adam Farkas, Direktor der Europäischen Bankenaufsicht EBA, spricht eine Warnung aus: Die Lage sei angespannt, die ausreichende Geldversorgung der Banken gefährdet. Eine Situation, der Erster-Vorstand Peter Bosek auch Positives abgewinnen kann. Es werde zwar zu weiteren Konsolidierungen kommen, am Ende würden aber nur große Banken mit vielen Kunden und breiter Risikostreuung bestehen bleiben. Der Kunde müsse am Ende der Gewinner aus der Krise sein.

Als „sehr fragil“ schätzt Walter Kielholz, Schweizer Bankmanager, den Bankenmarkt ein. Die Realwirtschaft sei gleichzeitig extrem von den Banken abhängig. Und von dem Gedanken der Europäer, dass es mit den

Amerikanern gleiche Wettbewerbsbedingungen geben werde, solle man sich schleunigst verabschieden.

Basel III die Giftzähne ziehen

Europa sei auf dem besten Weg, „Erschwernisse auf den Rücken der österreichischen KMU abzuladen“, kritisiert Michael Losch vom Wirtschaftsministerium. Er rechnet vor, dass KMU in den Standard-Risikoberechnungen der Banken in Zukunft gar keine Chance hätten, in gute Risikoklassen zu kommen. „Hier hat man sich bei der Erstellung der Basel-III-Regeln ganz klar verschätzt.“ In das gleiche Horn stößt Thomas Uher, Vorstandssprecher der Erste Bank: Viele Regulatoren hätten ausschließlich das Eigenkapitalthema der Banken im Auge. Es werde aber vergessen, dass es zwei Stellschrauben gebe: Eigenkapital und Kreditvolumen. In den Modellrechnungen gingen alle davon aus, dass Banken 40 Prozent mehr Eigenkapital aufbauen würden. Genauso gut könne man 40 Prozent weniger Kredite vergeben, warnt Uher. „Basel III ist kein ausschließliches Bankenthema. sondern ein Wirtschaftsthema. Wir müssen dem Entwurf noch einige Giftzähne ziehen!“

Wilhelm Molterer leitet zum Abschluss eine Diskussion, die den Titel „Globale Finanzverantwortung“ trägt. Molterer, heute Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank, erwartet keine rasche Lösung der Finanzkrise, denn diese habe sich mittlerweile zu einer gefährlichen Schuldenkrise entwickelt. Zum Schluss bleiben die Fragen: Was ist gerecht? Was bedeutet es, Verantwortung für die Zukunft zu übernehmen? Und wie viel Staat braucht der Markt? Klare Antworten darauf lassen sich nach zwei Wochen Forum Alpbach nicht finden. Was kann in diesen ungewissen Zeiten helfen? Darauf kann getrost geantwortet werden: Optimismus. Chancen sehen, das Beste aus der Situation machen, Ruhe bewahren, keine überhashten Schritte setzen. Vielleicht ist es dieser „Spirit“, der am Ende zumindest den Himmel über dem Dorf der Denker aufhellt.

*) Fabian Graber studiert Journalismus an der FH Wien und ist als Redakteur bei den Alpbach News tätig.

EINBLICK



Milan Frühbauer

Noch einen Anlauf nehmen

Lissabon-Ziele reanimieren

Es gilt manchen Regierungen als Sakrileg: Kaum fordert irgendwo ein Wirtschaftsforscher oder Unternehmer eine konzertierte Wirtschaftspolitik für den Euro-Raum, schon findet sich anderswo ein Regierungschef, der solches brüsk von sich weist.

Meint gar ein Experte, auf mittlere Sicht werde man aus Gründen der Kapitalmarktpflege und der bekundeten Eurosolidarität nach außen um – horribile dictu – Eurobonds wohl nicht herumkommen, schon wehrt ein Finanzminister mit guter Bonität seiner Emissionen wortreich ab.

Letzteres ist durchaus verständlich, jeder Prozentpunkt Zinsaufschlag geht in den meisten Ländern in zusätzliche Milliarden für den Zinsendienst. Aber worin besteht bei einer auf Stabilität des Euro und Konsolidierung der Staatshaushalte ausgerichteten, akkordierten Wirtschaftspolitik zumindest im Euroraum das Teufliche? Der österreichische Bundeskanzler wird bei solcher Gelegenheit nicht müde zu betonen, er lasse sich Lohnpolitik, Sozialpolitik und Fiskalpolitik von irgendwelchen Kriterien, die auf gesamtwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit abzielen, nicht aus der Hand nehmen.

Alles schon da gewesen

Nun kann man natürlich die Konkurrenzfähigkeit auf den Weltmärkten, steuerpolitische Signale für einen attraktiven Unternehmensstandort, den Überschuss in der Leistungsbilanz oder gar eine produktivitätsorientierte Einkommenspolitik als „Folterwerkzeuge“ der vielgescholtenen neoliberalen Wirtschaftspolitik abqualifizieren. So lässt es der Bundeskanzler jedenfalls gelegentlich durchblicken.

Doch wie ein Euroland zu konsolidierten Staatsfinanzen und notwendigen Wachstumsimpulsen ohne gesamtwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit gelangen soll – diese Frage hat noch keiner der Skeptiker bisher beantwortet. Kein Wunder, es gibt nämlich keine.

So neu ist das alles nicht. Die EU insgesamt und die Europäische Währungsunion haben schon vor mehr als einem Jahrzehnt just diesen Einstieg in die gemeinsame konzertierte Wirtschaftspolitik beschlossen. Was war denn der damals vielgepriesene Lissabon-Prozess der Jahre 2000 bis 2010 anderes als der erklärte Versuch, durch das Erzielen bestimmter Zielwerte Europa zur wertschöpfungsintensivsten, weil wissensinduzierten Wirtschaftsregion dieses Erdballs zu machen? Was sind denn die Maastricht-Kriterien anderes als ein wirtschaftspolitisches und budgetpolitisches Konzept, um in relativen engen Bandbreiten der Währungsunion zur absoluten Glaubwürdigkeit auf den internationalen Kapitalmärkten zu verhelfen?

Lissabon- Storno war Unfug

Der Lissabon-Prozess, mit seinen 17 ebenso brisanten wie wichtigen Teilzielen ist

wegen der Krise 2008 einfach „abgesagt“ worden. Das war Unfug, man hätte – dem weltweiten Wirtschaftseinbruch durchaus Rechnung tragend – die Zielerreichung bis 2015 ausweiten können.

Aber der gesunde Eifer wäre erhalten geblieben. Die Maastricht-Regulative hingegen waren ab jenem Zeitpunkt weitgehend Makulatur, zudem wurden sie von Deutschland, Frankreich und Italien einfach nicht eingehalten. Sanktionslos, wenn man von den „blauen Briefen“ der Kommission nach Berlin, Paris oder Rom absieht. Solches verdirbt auch bei allen anderen allemal die Moral ...

Gemeinsame Wirtschaftspolitik ist folglich keine Erfindung unserer Tage. Lissabon und Maastricht haben schon einst den Weg gewiesen. Es würde vorerst reichen, dass die Länder des Euro-Raums nach diesen Kriterienkatalogen einen neuen Anlauf nähmen. Zum langfristigen Wohle ihrer Volkswirtschaften, nicht zum kurzzeitigen Wohlbefinden mancher Politiker.

Milan Frühbauer ist Wirtschaftsjournalist. Der ehemalige Chefredakteur der Zeitschrift „industrie“ ist wirtschafts- und medienpolitischer Kommentator der Fachmedien des Manstein Verlags und Chefredakteur der Österreichischen Sparkassenzeitung.

„In Osteuropa ist die Staatsverschuldung niedriger“

Erste-Chefanalyst Fritz Mostböck zur Schuldenkrise



Fritz Mostböck: „Die Ratingagenturen haben die Krise und die Turbulenzen entscheidend mitverursacht.“

Sparkassenzeitung: Was sind Ihrer Meinung nach die Hauptursachen der gegenwärtigen Turbulenzen auf den Finanzmärkten?

Mostböck: Die aktuelle Krise ist eine globale Verschuldungskrise, nicht nur eine reine Krise des Euro. Man darf nicht vergessen: Ursprünglicher Auslöser war der US-Immobilienmarkt (US Subprime). Zu niedrigsten Zinsen wurden minderwertige Immobilien-Kredite dann in attraktive Pakete geschnürt, welche rund um den Erdball gehandelt wurden. Ratingagenturen haben diesen Produkten oft das Triple A bescheinigt und ein gerüttelt Maß an Schuld an der Entwicklung. Mittlerweile sind nach der folgenden Wirtschafts- und Vertrauenskrise die Finanzmärkte von tiefer Besorg-

nis hinsichtlich der Staatsverschuldung in wichtigen Ländern geprägt. Genau hier steckt jetzt die Krise fest. Doch der verhängnisvolle Einfluss der Ratingagenturen geht über die Subprimes weit hinaus. Sieht man sich die Länder nach aktueller Neuverschuldung und Gesamtschuldentlast an, dann kommt man zu interessanten Erkenntnissen. Japan, die USA oder Großbritannien liegen weit außerhalb des Maastricht-Limits oder des Durchschnitts des Euro-Raums, aber die Ratingagenturen bescheinigten bis vor kurzem allen beste Bonität. Denn auf den Finanzmärkten an der Wall Street, in London und in Japan ist für die Agenturen etwas zu verdienen, da drückt man gern ein Auge zu (siehe Grafik).

Andererseits sind die Bewertungen eine Blackbox, kein Mensch kennt den Katalog der Parameter, nach denen Rankings erstellt werden.

Also sollte ehe baldigst eine Europäische Agentur gegründet werden ...

... was aber Jahrzehnte dauern kann, da darf man sich keinen Illusionen hingeben. Denn da müssten sich die Europäer erst auf etwas einigen. Am besten wäre es wohl, eine solche Agentur bei der EZB zu etablieren, aber sie müsste absolut unabhängig sein, sonst leidet wieder die Glaubwürdigkeit.

Sie haben sich in jüngster Zeit intensiv mit der Wechselwirkung von Wirtschaftswachstum und Verschuldungsdynamik beschäftigt. Welche Auffälligkeiten treten dabei auf?

Wenig überraschend: Wo das Wirtschaftswachstum vergleichsweise hoch ist, dort ist die Neuverschuldung deutlich niedriger. Die Budgetkonsolidierung ist – das ist ein weiteres Ergebnis der Analyse – überwiegend ein Problem der hochentwickelten Industriestaaten. Die Defizitquoten, gemessen jeweils am BIP, variieren quer durch Westeuropa und den CEE-Raum. Auffallend ist jedoch, dass alle Länder Osteuropas teils deutlich weniger Gesamtverschuldung aufweisen als etwa der Durchschnitt des Euro-Raums. Polen, Tschechien, die Slowakei, aber auch Bulgarien und Rumänien liegen hier sehr deutlich unter der 60-Prozent-Marke, die in Maastricht als Obergrenze definiert worden war.

Einmal mehr wird also die Skepsis von Professor Krugman und vielen anderen US-amerikanischen Experten etwa gegenüber dem österreichischen Engagement in diesen Ländern falsifiziert?

Die haben einfach das aushaftende Kreditvolumen heimischer Banken im CEE-Raum am österreichischen BIP oder gar an den inländischen Primär-

einlagen der einzelnen Institute gemessen. Das ist natürlich Unsinn, denn wir finanzieren die Kredite ja mit Einlagen aus den jeweiligen Märkten. Der IWF hat sich ja damals in Österreich ausdrücklich für die Berechnungsfehler entschuldigt. Professor Krugman hingegen, dem ich damals auch eine ausführliche Darstellung aus unserer Sicht übermittelt habe, hat nicht reagiert.

Wie bewerten Sie das österreichische Investment in den CEE-Märkten, das ja nicht nur die Kreditwirtschaft betrifft, sondern auch ein industrielles Phänomen der gezielten aktiven Direktinvestition darstellt?

Es war sicherlich goldrichtig, rechtzeitig und vor vielen anderen auf diese Märkte zu gehen. Diese Volkswirtschaften haben überwiegend wesentlich weniger Staatsschulden, gleichzeitig jedoch überdurchschnittlich hohe langfristige Wachstumspotentiale. Ich bin überzeugt, dass unsere gegenwärtige sehr gute Beschäftigungssituation in Österreich auch damit zusammenhängt. Rund vier Fünftel aller im ATX zusammengefassten Unternehmen sind auch in Ost- und Südosteuropa engagiert. Das eröffnet uns die Chance, dass wir von der sich abzeichnenden Konjunkturverflachung in Österreich nicht so stark betroffen sein werden als andere Länder.

Viele Experten fürchten, dass die umfassende Budgetkonsolidierung in vielen Ländern als veritabile Wachstumsbremse wirken wird.

Das ist in einigen Ländern – wie etwa derzeit in Griechenland – evident und mittelfristig auch in anderen Staaten nicht auszuschließen. Die Griechen müssen eben erst lernen, gewisse Steuern auch wirklich einzufordern. Aber an der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte führt kein Weg vorbei. Erst wenn hier die Richtung stimmt, erst dann werden sich auch die Finanzmärkte beruhigen. Ich glaube nicht an eine massive längerfristige Rezession,

aber wir müssen uns auf schlechtere Zeiten einstellen.

Die realwirtschaftliche Entwicklung rechtfertigt aber die gegenwärtigen Turbulenzen nicht?

Nein, da ist massiver Vertrauensverlust im Spiel. Auch institutionelle Investoren flüchten aus den Aktien, selbst wenn wir weltweit auch weiterhin wahrscheinlich ein sehr niedriges Zinsniveau haben werden. An der Wiener Börse halten wir derzeit bei einem KGV von etwa 7, das sagt alles, und Bewertungen interessieren derzeit keinen.

Wie lange wird die Unsicherheit noch andauern?

Die Märkte müssen von der Ernsthaftigkeit des Sanierungskurses überzeugt werden. Es kann aber drei bis fünf Jahre dauern, bis die Konsolidierung zu einem spürbaren Rückgang der Gesamtstaatschuldenquoten führt. Selbst wenn die Neuverschuldung (Defizit) in einigen Ländern beispielsweise von 10 auf 6 Prozent p. a. sinkt, so ist das zwar politisch ein Kraftakt, aber es bleibt ohne wirklich merkliche Auswirkungen auf den Gesamtschuldenstand. Dazu sind die Wachstumsraten in den ausgereiften Industriestaaten einfach zu niedrig. Österreich kann da besser wegkommen, denn wir sind glücklicherweise auch auf Wachstumsmärkten engagiert.

Das Interview führten Milan Frühbauer und Andreas Feichtenberger.

SPARKASSEN NEWS

Freiwillige vor!

2011 ist bekanntlich das europäische Jahr der Freiwilligen. Um für soziale Verantwortung in Klagenfurt zu werben, wurde vom Verein „KLAGENFURT. WILL HELFEN“ die erste Freiwilligenbörse in Kärnten initiiert. „Ziel ist es, die Klagenfurter zu mehr sozialer Verantwortung und Engagement zu motivieren“, sagt Bürgermeister Christian Scheider. Menschen, die über spezielle Kenntnisse verfügen, Zeit haben und an ehrenamtlichen Tätigkeiten Interesse zeigen, werden gesucht und motiviert, freiwillige Tätigkeiten zu übernehmen. Finanziell unterstützt wird das Pilotprojekt von der Kärntner Sparkasse.



Sparkassen-Marketingleiter Diethard Theuermann und Bürgermeister Christian Scheider beim Gedankenaustausch zur ersten Kärntner Freiwilligenbörse

Fonds für nachhaltige Unternehmensanleihen

In Österreich hat sich das Volumen der nachhaltigen Investments seit dem Krisenjahr 2008 nahezu verdreifacht und beläuft sich auf rund 2 Mrd. Euro. Die ERSTE-SPARINVEST hat bereits zehn nachhaltig ausgerichtete Publikumsfonds mit einem Volumen von insgesamt rund 600 Mio. Euro emittiert. Die Palette der nachhaltigen ESPA-Fonds wird nun um den ersten von einer österreichischen Kapitalanlagegesellschaft konzipierten nachhaltigen Unternehmensanleihefonds erweitert: Der ESPA VINIS BOND EURO-CORPORATE investiert ausschließlich in auf Euro lautende Anleihen der nachhaltigsten Unternehmen. Der Fonds setzt sich momentan aus 55 Einzelinvestments zusammen, die nach einem strengen Kriterienkatalog ausgewählt wurden.

Steiermärkische setzt auf Eishockey

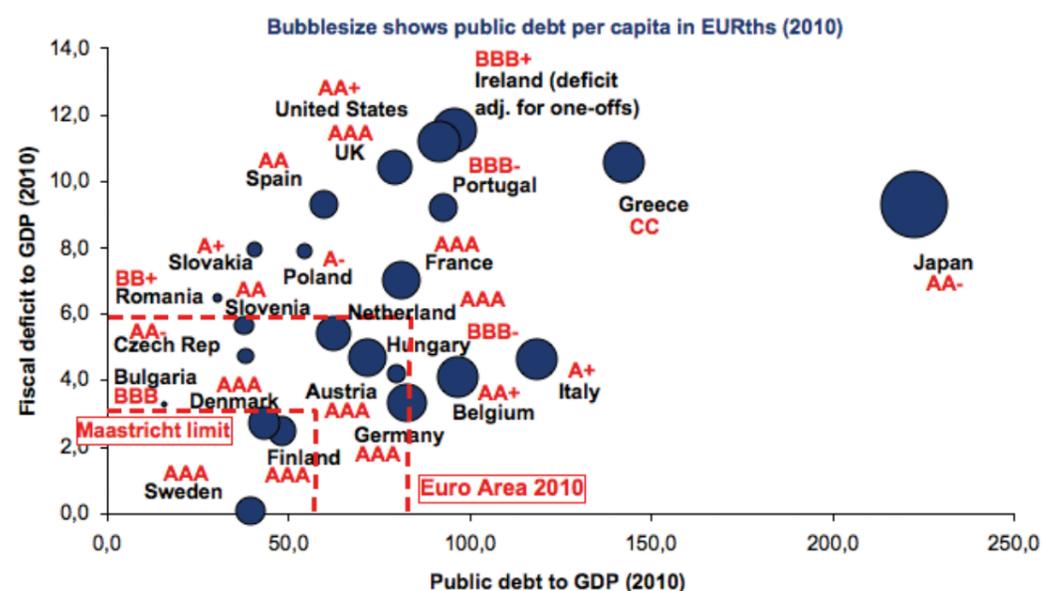
Die Steiermärkische Sparkasse hat die Kooperation mit dem Eishockeyclub Graz 99ers zum achten Mal verlängert. Vorstandsmitglied Franz Kerber: „Wir hoffen auf ein kraftvolles Powerplay für die kommende Saison und Topstimmung in den Eishallen. Die Erste Bank bleibt auch in der kommenden Saison Hauptsponsor der österreichischen Eishockeyliga.“



99ers-Präsident Jochen Pildner-Steinburg, Leopold Hrovat (Werbeteiler der Steiermärkischen Sparkasse), 99ers-Trainer Mario Richer und Franz Kerber (Steiermärkische Sparkasse)

The debt crisis is a global crisis

Gross public debt and fiscal deficit per capita (EURths)



Source: Erste Group Research, Ratings by S&P

„Die Biene steht für bewährten Wertekanon“

Präsident Aichinger zur Markenentscheidung der Sparkassengruppe

Sparkassenzeitung: Vor kurzem sind die formalen Beschlüsse zum viel diskutierten Rebranding der heimischen Sparkassen gefasst worden. Es kommt also zu einem völlig neuen Auftritt vorerst des österreichischen Teils der Gruppe. Welche Erwartungen setzen Sie in dieses ehrgeizige Projekt?

Aichinger: Der Diskussionsprozess war komplex, das Ergebnis ist – davon bin ich fest überzeugt – optimal. Diese Markenentscheidung mit allen ihren grafischen Konsequenzen war vollkommen richtig. Denn die Biene als Kern der neuen Marke der Sparkassen ist nicht nur ein ansprechendes Logo, sondern sie symbolisiert viel mehr. Sie steht für Werte der Vergangenheit, die absolut Zukunft haben. Das haben die vergangenen Jahre der Finanzkrise eindrucksvoll bestätigt.

Parallel dazu gibt es ja auch einen Diskussionsprozess über den gleichsam ideologischen Unterbau für die neue Marke und das damit verbundene neue Design der Sparkassen.

Die Biene ist ja aus meiner Sicht schon Ausdruck dieses inhaltlichen Hintergrundes, der in einem Sparkassenbuch zusammengefasst wird. Es geht letztlich um Beständigkeit, Fleiß, Nachhaltigkeit, Verantwortung gegenüber Kunden und Gesellschaft sowie flächendeckende befruchtende Leistung für die Wirtschaft der jeweiligen Region. Das ist jener Wertekanon, dem sich die Sparkassen verpflichtet fühlen und der uns seit rund 200 Jahren begleitet.

Wie geht es jetzt im Umstellungsprozess weiter?

Jetzt ist es eine wichtige Aufgabe der Vorstände, die Mitarbeiter ins



Christian Aichinger: „Die Biene zum Fliegen bringen!“

Boot zu holen, zu überzeugen und so dem neuen öffentlichen Auftritt die Grundlage für das Tagesgeschäft zu geben. Die Biene ist konkret definierbar: Wir sind die Bank für jedermann! Natürlich waren wir alle das rote s als gemeinsames Zeichen gewohnt. Aber ich bin zutiefst davon überzeugt, dass die Markenpartnerschaft mit den deutschen Sparkassen, die für uns nach wie vor wich-

tige Partner sind, durch eine eigenständige Marke ersetzt werden musste. Das geschieht übrigens im besten Einvernehmen mit unseren bisherigen Markenpartnern. Unsere gemeinsame Aufgabe ist es nun, die Biene zum Fliegen zu bringen!

Das wird harte Arbeit, aber das Wertefundament, auf dem wir aufbauen können, lohnt die Mühe allemal. - üh -

Die öffentliche Hand zahlt schneller

Auch die Zahlungsmoral wurde insgesamt besser

Andreas Feichtenberger

Laut einer Umfrage von Österreichs größtem Gläubigerschutzverband, dem KSV1870, schätzen fast 56 Prozent der befragten Unternehmen die Wirtschaftslage mittelfristig als sehr gut oder gut ein. Im Hinblick auf die positive Auftragslage werden 77 Prozent ihren Mitarbeiterstand nicht reduzieren, 19 Prozent wollen aufstocken. Auch die Zahlungsmoral ist gut: Österreich liegt mit nur 30 Tagen Zahlungsdauer weit unter dem europäischen Durchschnitt (53 Tage).

Körperschaften bessern sich

Ob es der EU-Richtlinie zur Bekämpfung von Zahlungsverzug vom Februar 2011 zu verdanken ist, dass die öffentliche Hand nun ihren Verpflichtungen rascher nachkommt? Fast 76 Prozent der Befragten bestätigen, dass sie innerhalb des Zahlungsziels ihre Rechnungen begleichen. 44 Prozent der Unternehmen zählen die öffentliche Hand zu ihrem Kundenkreis. Umso erfreulicher

ist es, dass die Gläubiger nun zwei Tage früher zu ihrem Geld kommen. Johannes Nejedlik, Vorstand des KSV1870: „Wir haben schon oft die Benachteiligung der Unternehmen, die Geschäfte mit der öffentlichen Hand machen, aufgezeigt. Für manche Unternehmen ist die späte Zahlung existenzbedrohend.“

Brave Zahler im Westen

Allerdings gibt es auch bei der öffentlichen Hand ein signifikantes West-Ost-Gefälle. Lediglich vier Tagen Zahlungsverzug in Vorarlberg stehen stolze neun Tage in Wien und NÖ gegenüber. Die Hitliste der korrekten Zahler wird einmal mehr von Vorarlberg angeführt, das sich mit vier Tagen Zahlungsverzug sogar um einen Tag verbessern konnte. Gleichauf liegen die Oberösterreicher. Die meiste Geduld müssen, wie schon in den Vorjahren, die burgenländischen Gläubiger aufbringen: Sie warten mit 33 Tagen am längsten. Ähnlich stellt sich das Bild bei den Privaten dar: Das Burgenland weist mit 23 Tagen die längste Zahlungsdu-

er auf, das sind um fünf Tage mehr als im Vorjahr. Auf den geringsten Zahlungsverzug (zwei Tage) können auch hier die Oberösterreicher stolz sein. International ist ein Gefälle von Nord nach Süd erkennbar. Finnland z. B. weist eine Zahlungsdauer von 27 Tagen auf, Griechenland hingegen 110 Tage und Italien 103 Tage.

Mahnwesen ist verbesserungswürdig

Fast 50 Prozent der befragten Firmen setzen Maßnahmen zur Einbringung ihrer Forderung unabhängig von deren Höhe, 13 Prozent unternehmen aber nichts. Johannes Eibl, Geschäftsführer der KSV1870 Forderungsmanagement GmbH: „Wir erleben tagtäglich, dass Unternehmen ihre Leistungen sorgfältig erbringen und bei der Rechnungslegung schlampig sind. Und wenn sie Rechnung legen, lassen sie es oft dabei bewenden. Zahlt der Kunde, ist es gut, zahlt er nicht, wird das nicht geahndet. Es gibt wenige Unternehmen, die sich das auf längere Sicht leisten können.“

AUSBLICK

War da etwas?

Taube Ohren in Sachen Schulden



Christine Domforth

Die Liste wird immer länger: Die EU, die Ratingagenturen, die OECD und jetzt auch der Internationale Währungsfonds drängen Österreich, bei der Sanierung seines Staatshaushalts energischer vorzugehen. Die derzeitigen Pläne zur Budgetkonsolidierung seien „unbefriedigend“, so das – höflich formulierte – Urteil der IWF-Experten. Sie verlangen von Österreich beileibe keine budgetäre Rosskur, sondern nur ein jährliches Einsparvolumen von einem halben Prozent der Wirtschaftsleistung. Angesichts der Milliardenbeträge, die hierzulande durch eine Verwaltungsreform, im Pensionssystem, bei den Förderungen oder im Gesundheitsbereich einzusparen wären, ist die IWF-Forderung alles andere als überzogen.

Schuldenbremse

Doch die Ermahnungen aus Washington stießen bei den heimischen Politikern bis-

her auf taube Ohren. „Net amoi ignorieren“ – so lautete offenbar die Devise. Im Finanzministerium wollte man bis vor kurzem aus den Schulden einfach herauswachsen. Weil die Konjunktur heuer sehr gut lief und die Steuereinnahmen üppig sprudelten, würde das Defizit ohnehin geringer ausfallen als budgetiert, so die Argumentation. Nun, da sich am Konjunkturhimmel immer mehr dunkle Wolken abzeichnen, hat man in der ÖVP offenbar den Ernst der Lage erkannt. Immerhin ließ Finanzministerin Fekter verlauten, sie nehme die Kritik des IWF sehr ernst. Und gemeinsam mit Vizekanzler Spindelegger plädiert sie für eine Schuldenbremse, die sogar in der Verfassung festgeschrieben werden soll. Wie und wo konkret eingespart werden soll, hat die ÖVP-Spitze freilich bisher noch nicht präzisiert. Denn da müsste man ja vielleicht auch der eigenen Klientele weh tun, oder man würde es sich gar mit mächtigen VP-Landeshauptleuten verscherzen. Die SPÖ macht sich die Sache überhaupt einfach. Sie hält vom Sparen wenig bis nichts und setzt

vielmehr auf eine „Reichensteuer“, die nur die obersten 80.000 treffen und zwei Milliarden jährlich bringen soll. Steuerexperten halten das zwar für Humbug, aber das ficht in der Kanzlerpartei offenbar niemanden an. Dass man im Alter nicht immer weiser wird, führt gerade Ex-Finanzminister Lacina vor. Er hatte seinerzeit mit gutem Grund die Vermögenssteuer abgeschafft – und plädiert jetzt dafür, sie wieder einzuführen, dazu auch noch die Erbschafts- und Schenkungssteuer wieder aus der fiskalischen Mottenkiste zu holen und zum Drüberstreuen auch noch den Spitzensteuersatz befristet anzuhängen. Dabei müsste Lacina doch wissen, dass Österreich schon jetzt eine der höchsten Abgabenquoten hat. Den Vogel schießt freilich Finanzstaatssekretär Schieder ab. Er will nicht nur bereits 2012 eine Vermögenssteuer einführen, sondern erklärte im Fernseh-Interview mehr oder minder deutlich, man dürfe den Währungsfonds nicht so ernst nehmen, weil dieser ohnehin immer nur kritisiere. Die sofortige Abschaffung der immens teuren Hacklerregelung – wie sie der IWF völlig zu Recht fordert – lehnt Schieder rundweg ab.

1 Mio. pro Stunde

Offenbar haben Rot & Schwarz die Zeichen der Zeit noch nicht erkannt. Tag für Tag steigt Österreichs Schuldenstand um 31 Millionen Euro, allein für Zinsen zahlt der Bund fast eine Million – pro Stunde. Dieses Geld kommt zum größten Teil von den internationalen Kapitalmärkten, und die kennen mit Ländern, die ihre Staatsfinanzen nicht in Ordnung bringen, kein Erbarmen. Deshalb muss Österreich die Reformpläne, die ja schon seit Jahren in der Schublade liegen, schleunigst in die Tat umsetzen. Je länger man bei Schuldenstand und Defizit die Zügel schleifen lässt, desto schmerzlicher und teurer wird es. Länder wie Griechenland, Italien oder Spanien sollten uns da ein warnendes Beispiel sein ...

Zinsen niedrig – Verunsicherung hoch

Vertrauenskrise betrifft Konjunktorentwicklung und Bonität

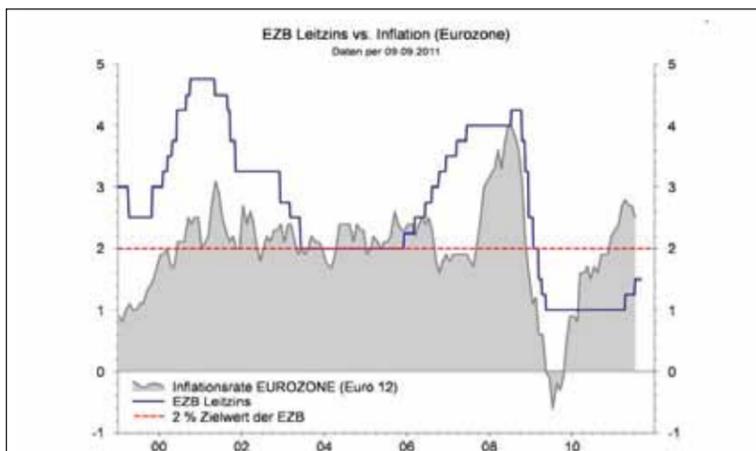
Johann Griener *)

Das Jahr 2011 (Jänner – August) ist geprägt von einer massiven Verunsicherung der Anleger hinsichtlich zukünftiger Entwicklungen. Die Finanzkrise 2008 betraf vor allem Banken, jetzt wird die Bonität einzelner Staaten hinterfragt. Im Zuge des wirtschaftlichen Abschwungs haben viele Staaten lenkend eingegriffen und die Staatshaushalte bis an ihr Limit belastet. Dadurch verlagerte sich die Krise auf die Ebene der Staaten, deren zukünftige Finanzierungsmöglichkeiten von den Marktteilnehmern und von den Rating-Agenturen immer mehr in Frage gestellt werden. Länder wie Griechenland, Portugal oder Irland haben mittlerweile kaum noch Zugang zu den Kapitalmärkten. Italien und Spanien können aktuell Staatsanleihen nur mehr mit deutlichen Zinsaufschlägen

im Vergleich zu „als sicher“ angesehenen Ländern wie etwa Deutschland begeben.

Zinsmärkte

Die europäische Zentralbank (EZB) hat angesichts der über dem Zielwert (2 Prozent) liegenden Inflationsrate im laufenden Jahr zwei Zinserhöhungen von 1 Prozent auf aktuell 1,5 Prozent durchgeführt. Noch vor dem Sommer hatten die meisten Marktteilnehmer weitere Zinserhöhungen im laufenden Jahr erwartet. Angesichts der mittlerweile abflachenden Konjunktur und der rückläufigen Erwartungen hinsichtlich der zukünftigen Inflationsentwicklung hat die EZB im August umgeschwenkt. Weitere Zinserhöhungen wurden deutlich in die Zukunft verschoben. Einzelne Marktteilnehmer fordern bereits Zinssenkungen. Eine solche Maßnahme ist allerdings



aus den Statements der EZB (Sitzung 8. September) noch nicht abzuleiten. Die Verunsicherung der Marktteilnehmer führte auf den Anleihenmärkten im laufenden Jahr zu unterschiedlichen Entwicklungen:

Anleihen von Emittenten mit guter Bonität (z. B. Deutschland, Österreich, Holland, Finnland) wurden bevorzugt, die Kurse sind deutlich angestiegen. Anleihen von Ländern wie Italien oder Spanien wurden gemieden bzw. ver-

kauft, was zu Kursverlusten führte. Anleger differenzierten daher bei Staatsanleihen sehr genau nach der Qualität des Emittenten bzw. wechselten in Unternehmensanleihen und höher verzinsten Anleihen aus den Schwellenländern (Emerging Markets).

Aktienmärkte

Globale Aktien (aus Sicht eines Euro-Anlegers) haben seit Jahresbeginn bis Ende August ca. 12 Prozent an Wert verloren, wobei der überwiegende Teil der Kursrückgänge über den Sommer (Juni, Juli, August) stattfand. Einzelne Märkte, die sensibler auf Konjunkturdaten reagieren (z. B. der deutsche Aktienmarkt), mussten deutlich mehr abgeben.

*) Johann Griener ist Experte für Anlagemärkte in der ERSTE-SPARINVEST.

Nicht alles, was glänzt, ist Gold

ESPA-Geschäftsführer Franz Gschiegl: Investmentfonds mit vielen Vorteilen

Die Debatte um die hohe Staatsverschuldung mancher europäischer Länder und der USA, das Erdbeben in Japan und der politische Umbruch in Nordafrika waren in diesem Jahr die Auslöser für große Schwankungen auf den Finanzmärkten. Die Investoren, oftmals getrieben von Angst, legen momentan besonders Wert auf Stabilität und Qualität. Die Folge ist ein regelrechter Gold-Boom; aber auch die große Nachfrage nach Immobilien und Schweizer Franken als „Fluchtwährung“ dokumentieren die Sehnsucht der Anleger nach „realen“ und starken Werten. Ertragsaspekte spielten dabei eine eher untergeordnete Rolle. Im Ringen um die vermeintlich „sicheren“ Anlageformen, aber auch durch die nicht gerade glückliche Einführung der Wertpapier-KEST gerieten Investmentfonds im Jahresverlauf etwas ins Hintertreffen. Zu Unrecht, denn allein die Wertentwicklung der klassischen Rentenfonds zeigt deutlich, dass im heurigen Jahr dank sinkender Zinsen Gewinne von über 5 Prozent mit klassischen Euro-Staatsanleihenfonds eingefahren werden konnten. Dafür ist nun das „Aufholpotential“ der Aktienfonds, aber auch der gemischt (Aktien, Anleihen) veranlagenden Fonds umso größer, zumal sich an der grundsätzlich guten Gewinnsituation der Unternehmen nichts geändert hat. Vielleicht ist deshalb der Zeitpunkt günstig, die Vorteile von Investmentfonds in Erinnerung zu rufen. Investmentfonds ermöglichen praktisch jedem Anleger einen einfachen, kostengünstigen und effizienten Zugang zu den Finanzmärkten. Sei es als Vorsorge für die Pension, zum Erhalt erworbenen oder ererbten Vermögens, zur höher verzinsten Veranlagung auf Anleihenmärkten oder zur risikoreicheren Anlage in Aktienmärkten.

Vorteile von Fonds liegen auf der Hand: – Risikominimierung durch breite Streuung

Bei Fonds investieren Sie in einen Korb von vielen Wertpapieren. Durch diese Streuung sorgt der Fonds für reduzierte Risiken, ohne die Chancen

einzelner Anlagen zu vernachlässigen. Entwickelt sich ein Titel schwächer, kann dies durch eine gute Entwicklung bei anderen Papieren „aufgefangen“ werden.

– Jederzeitige Liquidität

Der Anleger kann jederzeit und in unbegrenztem Volumen Anteile von Investmentfonds erwerben oder veräußern. Ausgabe- und Rücknahmepreise werden täglich nach objektiven und nachprüfbar Berechnungen ermittelt und auch im Internet veröffentlicht.

– Einzigartige Konkursicherheit

Investmentfonds sind als sogenanntes Sondervermögen konkurssicher. Selbst im theoretischen Fall der Insolvenz der Investmentfondsgesellschaft oder der Depotbank geht das Fondsvermögen nicht in die Konkursmasse ein, sondern bleibt eigenständig erhalten. Bei anderen Produkten geht man als Anleger leer aus oder muss sich mit der Konkursquote begnügen.

– Besondere Rechtssicherheit

Kapitalanlagegesellschaften und Depotbanken unterliegen der Kontrolle europäischer Finanzmarktaufsichtsbehörden. Durch verschiedene Kontroll- und Überwachungsfunktionen zwischen Depotbanken und Kapitalanlagegesellschaften ist bei den Investmentfonds der Anlegerschutz auf höchstmöglichem Niveau sichergestellt.



Franz Gschiegl: „Investmentfonds ermöglichen praktisch jedem Anleger einen einfachen, kostengünstigen und effizienten Zugang zu den Finanzmärkten.“

– Rendite durch professionelles Management

Privatanleger haben zumeist nicht die Zeit und das Fachwissen, sich mit Anleihen, Aktien, Unternehmenskennzahlen sowie Branchen- und Währungsentwicklungen zu beschäftigen. Genau diese Aufgabe erfüllt ein professionelles Fondsmanagement.

– Chancengleichheit, Zugang zu allen Märkten

Über attraktive Wertpapiere aus Schwellenland-Regionen (z. B. Asien,

Lateinamerika oder Afrika) liest man derzeit besonders viel. Wo man sie erwerben kann, darüber erfährt man kaum etwas. Investmentfonds bieten allen Investoren, unabhängig von ihrer Vermögenssituation, gleiche Anlagechancen auf allen Anlagemärkten zu gleichen Bedingungen.

– Gebührentransparenz

Investmentfonds sind im Hinblick auf Transparenz und Berichtswesen mustergültig in der Finanzdienstleis-

tungsindustrie. Die Total Expense Ratio (TER) und die Ertrags- und Aufwands-Rechnung im Rechenschaftsbericht (ersichtlich auf www.sparinvest.at) geben dem Anleger einen klaren Überblick über die Kostenstrukturen und weisen alle periodisch anfallenden Fondskosten aus.

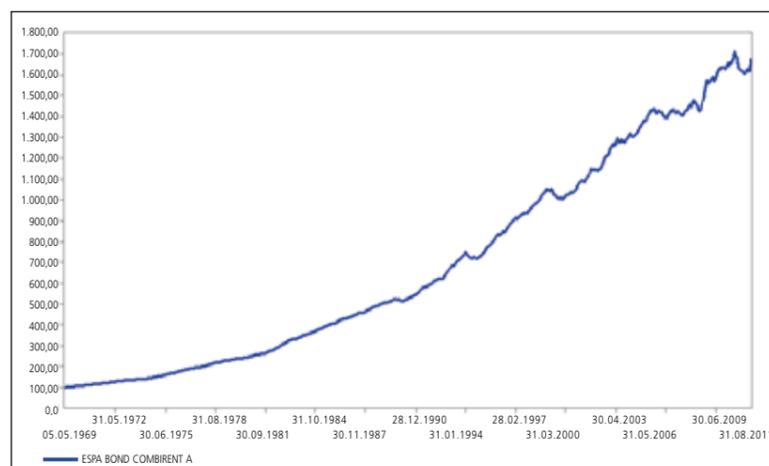
Franz Gschiegl ist Mitglied der Geschäftsführung der ERSTE-SPARINVEST.

Investmentfondsgesetz 2011 setzt EU-Richtlinie um

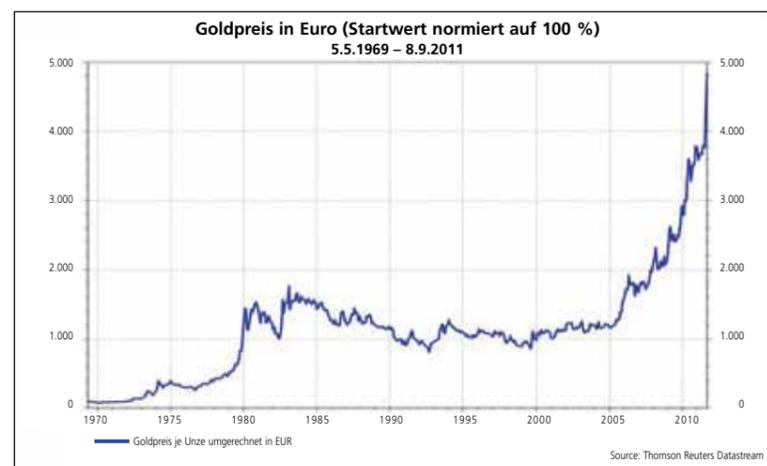
Das mit 1. September 2011 in Kraft getretene Investmentfondsgesetz 2011 (InvFG 2011) setzt die EU-Richtlinie 2009/65/EG betreffend „Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren“ (OGAW-IV/UCITS-IV) in österreichisches Recht um. Damit wurde das Investmentfondsgesetz 1993 grundlegend überarbeitet.

Die 24 österreichischen Kapitalanlagegesellschaften (KAG) haben laut Mitteilung der Finanzmarktaufsicht (FMA) derzeit 2.251 Investmentfonds aufgelegt, überdies sind 5.587 ausländische Investmentfonds hierzulande zum Vertrieb zugelassen. Das gesamte verwaltete Vermögen der heimischen KAG betrug Ende Juli 2011 142,6 Mrd. Euro

Das neue Gesetz bringt auch Änderungen in der Verbraucherverinformation mit sich: So löst das neue „Kundeninformationsdokument“ (KID) – mit einer Übergangsfrist bis 30. Juni 2012 – den bisherigen „Vereinfachten Prospekt“ ab. Das KID ist europaweit standardisiert, hat maximal zwei A4-Seiten (drei bei komplexen Produkten) und hat alle wesentlichen Eckdaten des Fonds zu enthalten. Auch für die Anbieter von Investmentfonds bringt das Gesetz wesentliche Erleichterungen: Mit dem neuen europäischen „Management Company Passport“ können Verwaltungsgesellschaften nun direkt im Wege der Dienstleistungsfreiheit in einem anderen Mitgliedsstaat einen Fonds nach dortigem Recht auflegen. Grenzüberschreitende Fonds-Zusammenlegungen werden erleichtert, und das Notifikationsverfahren für den Vertrieb in einem anderen Mitgliedsstaat wurde gestrafft. Es wurden aber auch die organisatorischen Anforderungen an die Verwaltungsgesellschaften verschärft, insbesondere betreffend Risikomanagement und Regelungen von Interessenkonflikten.



Der ESPA BOND COMBIRENT, einer der ältesten österreichischen Fonds, liefert seit 40 Jahren beständige Erträge.



Der Goldpreis ist erst in den letzten Jahren explodiert.

Renaissance des Binnenmarktes

EU setzt Akzente in sozial-marktwirtschaftliche Richtung

Martin Schmid *)

Das 20-jährige Bestehen des Binnenmarktes vor Augen, empfiehlt die Europäische Kommission im Strategiepapier „Binnenmarktakte“ politisches Handeln in zwölf Bereichen. Die Neubelebung des europäischen Binnenmarktes soll das Wachstum ankurbeln, den Markt vollenden und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in diesen stärken. Das Bemerkenswerte an dieser Neubelebung ist die auffallend stark sozial-marktwirtschaftliche Handschrift der zwölf vorrangigen Maßnahmen. Im Kern geht es um die Förderung von Unternehmen, die sich dafür entschieden haben, neben legitimen Gewinnstreben auch Ziele des Allgemeininteresses oder der sozialen, ethischen oder ökologischen Entwicklung zu verfolgen. Was dem Geschäftsmodell entspricht, dem sich die österreichischen Sparkassen seit je verschrieben haben.

Der Binnenmarkt – als Raum für freien Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr ist dieses Konzept das Kernstück des europäischen Projekts und seit über 50 Jahren Motor des Wirtschaftswachstums. Obwohl er bereits seit 1993 offiziell als verwirklicht gilt und seitdem durch ununterbrochene wirtschaftliche Integration einen ständigen Ausbau erfährt, existieren nach wie vor Hindernisse, insbesondere hinsichtlich des freien Dienstleistungsverkehrs.

Neben der Herausforderung der Vollendung des Binnenmarktes könnten die in vermindertem Wachstumspotential und steigender Arbeitslosigkeit bestehenden Konsequenzen der Krise langfristig negative Auswirkungen auf den Lebensstandard der Europäer haben. Vor diesem Hintergrund hat die Europäische Kommission die Gesamtstrategie „Europa 2020“ entwickelt, die jenen Maßnahmen Priorität einräumt, die Wachstum und Beschäftigung schaffen und ein „neues“ – nämlich „nachhaltiges“, „intelligentes“ und „integratives“ – Wachstum fördern.

Um die verbleibenden Barrieren zu überwinden und das Potential des Binnenmarktes bei der Krisenbewältigung so gut wie möglich zu nutzen, hatte die Kommission noch im Jahr 2010 insgesamt 50 Vorschläge öffentlich zur Diskussion gestellt, um den Binnenmarkt in entscheidenden Bereichen neu zu beleben. Die von Zivilgesellschaft und Wirtschaftsakteuren in den Rückmeldungen genannten Prioritäten zeigten deutlich, dass Marktteilnehmer – neben der Förderung von Wachstum und Beschäftigung – große Erwartungen vor allem in die soziale Dimension des Binnenmarktes setzen.

Zwölf Leitaktionen zur Neubelebung

Diese Bestätigung des Konzepts einer sozialen, wettbewerbsfähigen Marktwirtschaft als ideelles Fundament des Binnenmarktes fand in Folge auch auf Implementierungsebene ihren Niederschlag: In der im April 2011 präsentierten „Binnen-

marktakte“ definiert die Kommission zwölf Bereiche politischen Handelns, von denen sich viele durch eine stark gemeinwohlorientierte Dimension auszeichnen. Zu jedem dieser Bereiche wurde eine Leitaktion vorgegeben, zu der konkrete Gesetzesvorschläge noch in diesem Jahr ergehen sollen. Gerade die weite Branche der Finanzdienstleistungen ist gleich von mehreren Maßnahmen betroffen.

Soziales Unternehmertum

„Nachhaltiges“ Wachstum meint, dass die geplanten Reformen sozialen Fortschritt und Beschäftigung fördern sowie einen Beitrag zu Umwelt- und Klimaschutz leisten sollen. In diesem Zusammenhang ist der Maßnahmenbereich „Soziales Unternehmertum“ hervorzuheben: Im ersten Schritt soll ein einheitlicher Rechtsrahmen zur Förderung von Solidarinvestmentfonds geschaffen werden. Ziel ist es, das Potential der europäischen Vermögensverwaltung zur Finanzierung von Unternehmen zu nutzen, die sich auch Zielen des Allgemeininteresses verschrieben haben.

Teil dieses Rechtsrahmens ist die Schaffung des Rechtsstatuts einer europäischen Stiftung, um barrierefreie grenzüberschreitende Vermögenszusammenführungen zu ermöglichen. Auch ist die Gründung einer „Initiative für soziales Unternehmertum“ geplant, um die Sozialwirtschaft zur Förderung aktiver Integration zu nutzen.

Überdies will die Kommission im Herbst ein Strategiepapier zur „Sozialen Verantwortung von Unternehmen“, auch bekannt unter „Corporate Social Responsibility“ (CSR), präsentieren. Darin wird gefordert, die öffentliche Auftragsvergabe weitgehend davon abhängig zu machen, inwieweit sich der Auftragnehmer zur Einhaltung internationaler Sozial- und Umweltstandards verpflichtet hat. Existierte bisher nur die Empfehlung, die Hälfte aller Aufträge an umweltfreundliche Betriebe zu vergeben, so könnten diese Kriterien in Zukunft verbindlich werden. Um Investoren die Bewertung des nachhaltigen Wirtschaftens von Unternehmen zu erleichtern, sieht das Dokument weiters umfangreiche und für alle Unternehmen verbindliche Berichterstattungspflichten zu sozialen und ökologischen Aspekten vor.

KMU: Von Berichtspflichten sollte abgesehen werden

Während die Intention der Strategie zu begrüßen ist, ist die Reichweite einzelner Maßnahmen zu hinterfragen. Gerade bei KMU sollte von verbindlichen Berichtspflichten abgesehen werden, da diese mit unverhältnismäßig hohem Aufwand verbunden wären. Vielmehr müssen Anreizstrukturen geschaffen werden, um Unternehmen zu sozialem Engagement und schließlich Sektoren zur Selbstregulierung zu bewegen.

„Nachhaltigkeit“ im Sinne der Binnenmarktakte bedeutet auch, für



Die Vorschläge der Kommission zur Einlagensicherung und zu Basel III lassen Zweifel aufkommen, ob sie ihre Vision vom gemeinwohlorientierten Wirtschaften verwirklichen will. Diese Vorschläge haben vielmehr das Potential, erfolgreiche Geschäftsmodelle wie das der Sparkassen nachhaltig zu schädigen.

Bürger wahrnehmbare Vorteile zu bringen, weshalb im Hinblick auf Finanzdienstleistungen vor allem auf die Arbeiten zur Transparenz von Bankgebühren sowie zu verbesserten Standards für den Kreditnehmerschutz auf dem Hypothekarkreditmarkt hinzuweisen ist.

Die aktuellen Arbeiten auf EU-Ebene zeigen jedoch wieder, dass die konkrete Umsetzung von hehren Ideen in einer Informationsflut und damit in der Verteuerung des Produktangebots enden werden.

Finanzierungsvorrang für KMU

„Integratives“ Wachstum fordert unter anderem, dass Reformen die Gründung und die Entwicklung von KMU fördern sollen. Diese sind mit über 21 Millionen Betrieben Motor für die Schaffung von nachhaltigem Wachstum sowie Arbeitsplätzen verantwortlich und bilden somit das Rückgrat der europäischen Wirtschaft. Aufgrund dieser Bedeutung setzte die Kommission bereits im Februar dieses Jahres einen wichtigen Schritt und verpflichtete sich, für sämtliche Regulierungsvorschläge im Bereich Finanzdienstleistungen eine Bewertung der Auswirkungen auf KMU vorzunehmen und die Ergebnisse im weiteren Gesetzgebungsprozess entsprechend zu berücksichtigen.

Konkret soll als erste Aktion eine Rechtsvorschrift geschaffen werden, die es Risikokapitalfonds ermöglicht, ohne steuerliche Hindernisse oder zusätzliche Auflagen in Unternehmen, die in einem anderen Mitgliedsstaat ansässig sind, zu investieren. Da sich der Großteil der KMU in Europa über Bankkredite finanziert, bezweckt diese Initiative, die in Europa noch unterentwickelten Risikokapitalmärkte zu fördern. Dadurch soll es KMU, die Risikokapital aufnehmen möchten, erleichtert werden, Kapital von branchenspezifischen Fonds zu beziehen.

Bei Sparkassen seit 200 Jahren selbstverständlich

Was in der Binnenmarktakte und Europa 2020 als „neue“ Form des Wachstums dargestellt wird, wird von Sparkassen seit fast 200 Jahren als konstitutiver Bestandteil des Geschäftsmodells gelebt. Dieses ist durch nachhaltige Finanzierung der Realwirtschaft, die Arbeitsplätze und Wachstum auf regionaler Ebene garantiert, sowie vorrangig gemeinwohlorientiertes Engagement geprägt.

Die neue politische Ausrichtung des Binnenmarktes, die in der Grundidee mit den Prinzipien des Sparkassen-Geschäftsmodells übereinstimmt, ist zu begrüßen und zu fördern. Der Kommission ist jedoch ins Stammbuch zu schreiben, dass sich

die politische Positionierung auch in den konkret vorgelegten Rechtsakten widerspiegeln muss, um nicht an Glaubwürdigkeit zu verlieren. Gerade die Vorschläge der Kommission zur Einlagensicherung und zu Basel III lassen Zweifel aufkommen, ob sie ihre Vision vom gemeinwohlorientierten Wirtschaften verwirklichen will. Diese Vorschläge haben vielmehr das Potential, erfolgreiche Geschäftsmodelle wie das der Sparkassen nachhaltig zu schädigen. Eine Korrektur durch die beiden EU-Gesetzgeber Rat und Parlament ist gerade im Sinne der Binnenmarktakte erforderlich.

*) Martin Schmid ist Mitarbeiter des EU-Büros des Sparkassenverbandes in Brüssel.

SPARKASSEN NEWS

S IMMO erweitert Mieter-Mix

Das erste Halbjahr 2011 zeigt für die börsennotierte S IMMO AG einen äußerst erfolgreichen Geschäftsverlauf. Im Vergleich zur Vorjahresperiode konnten die Mieterlöse, das Bruttoergebnis und das EBIT deutlich gesteigert werden. Für das Einkaufszentrum Sun Plaza in der rumänischen Hauptstadt Bukarest konnte die S IMMO einen weiteren, renommierten Mieter gewinnen: Im November 2011 wird die schwedische Modekette H&M eine Filiale eröffnen, die sich auf insgesamt 1.600 m² über zwei Etagen erstrecken soll. Damit erreicht das Shoppingcenter einen Vermietungsgrad von nahezu 100 Prozent.



Das Shoppingcenter Sun Plaza hat einen Vermietungsgrad von nahezu 100 Prozent.

Aktueller Ratgeber zur Vermögenssteuer

Achterbahn-Tipps für alle Lebenslagen

Achterbahn-Leser trifft nichts überraschend. Sollte die politisch heftig umstrittene Wiedereinführung von diversen Vermögenssteuern irgendwann wirklich kommen, dann sollten Sie optimal vorbereitet sein. Gezielte Maßnahmen sind geeignet, Ihre künftige Steuerlast zu minimieren, im Idealfall gar keine Abgabenschuld aufkommen zu lassen. Der aktuelle Ratgeber der „Achterbahn“ macht es möglich: Sie haben es in der Hand, ob Sie dereinst unter die Eat-the-Rich-Bestimmungen fallen werden oder nicht.

• Das **Sammeln von Goldmünzen** bleibt weitgehend unbedenklich. Es ist nämlich nicht anzunehmen, dass die Finanzämter mit rigorosen Recherchen

nach Münzen heimischer Prägung der so lukrativen Münze Österreich in den Ertragsrücken fallen werden.

• Sollten Sie auf **steigende Goldpreise spekulieren** haben, dann bewahren Sie zur Sicherheit den oder die Goldbaren nicht zu Hause auf. Mieten Sie einen Safe und hängen Sie den Safeschlüssel zu den Autoschlüsseln, dort bleiben sie in der Regel unentdeckt. Mit dem Kauf von Gold zu Spekulationszwecken haben Sie der Volkswirtschaft Kaufkraft entzogen und somit einen Beitrag zur Inflationsbekämpfung geleistet. Auch die Tatsache, dass Sie mit dem Geld keine Wertpapiere – etwa Aktien – gekauft haben, ist gerechtigkeitspolitisch goldrichtig gewesen. Sie haben

sich am Casinokapitalismus an der Börse nicht beteiligt, keinem Unternehmen risikotragendes Eigenkapital zur Verfügung gestellt und somit der neoliberalen unternehmerischen Abzocke keinen Vorschub geleistet.

• Falls Sie tatsächlich **weiterhin Aktien besitzen**, dann verkaufen Sie nicht. Jetzt ist es zu spät, und irgendwann werden Kurse wieder steigen. Dann verkaufen Sie rasch, zahlen 25 Prozent Kursgewinnsteuer und vermeiden die Vermögenssteuer. Ein gefinkelter Schachzug.

• Sollten Sie **Schuldverschreibungen der öffentlichen Hand** in Ihrem Depot haben, dann können Sie im Zweifelsfall gegenüber den Behörden noch immer argumentieren, bei der gegenwärtigen Staatsverschuldung insgesamt seien Sie ein idealistischer Gläubiger, gleichsam ein opferbereiter Staatsbürger, der längst nicht mehr an die volle Tilgung zum Ende der Laufzeit glaube.

• **Die Briefmarkensammlung** sollten Sie zur Sicherheit einem Familienmitglied überantworten, das über kein eigenes Einkommen verfügt und für die fiskalischen Ermittlungsbehörden vorerst als unverdächtig gilt. Es ist nämlich davon auszugehen, dass Bezieher von Transfereinkommen nicht sofort nach Einführung neuer Steuern zur Abgabe einer Steuererklärung aufgefordert werden dürften.

• Verfügen Sie über ein **eigenes Haus, eine Eigentumswohnung** und/oder über ein dazu gehöriges Grundstück, dann sind allerdings rasche Dispositionen angesagt. Sind diese Objekte lastenfrei, dann trachten Sie umgehend einen Hypothekarkredit – selbstverständlich mit Grundbucheintrag des Kreditgebers – zu erlangen.

• Auch wenn Sie das Geld nicht brauchen: Nach jetzigem Stand der Diskussion werden **Verbindlichkeiten** bei der Vermögenssteuerbemessung wohl gegengerechnet werden können.

• Stellen Sie bei **Grundstücken** sicher, dass Sie diese ab sofort landwirtschaftlich nutzen. Der Anbau von Schnittlauch oder ein Obstbaum genügt. Damit können Sie höchstwahrscheinlich den Status eines Nebenerwerbsbauern für sich in Anspruch nehmen, was Ihnen bei der Bemessungsgrundlage hilft. Die Einheitswerte **landwirtschaftlich genutzter Flächen** sind allemal – wie auch immer die endgültige Regelung aussehen wird – niedriger als andere.

• Besitzen Sie **Bauland**, dann bereiten Sie gegenüber dem Finanzamt ein geeignetes Argumentarium vor: Betonen Sie, dass Ihnen die Verhüttelung der Landschaft seit Jahren auf die Nerven geht, dass Sie aus ökologischen Gründen gegen die fortschreitende Versiegelung der Böden sind.

• Den **Familienschmuck** sollten Sie ebenfalls rechtzeitig einer Über-



Verteilen Sie vorhandene Halsketten, Broschen, Golduhren, Manschettenknöpfe oder Krawattennadeln gleichmäßig auf die Familienmitglieder!

prüfung unterziehen. Verteilen Sie vorhandene Halsketten, Broschen, Golduhren, Manschettenknöpfe oder Krawattennadeln gleichmäßig auf die Familienmitglieder, unabhängig vom Verwandtschaftsgrad. Achten Sie jedoch darauf, dass die Neubeschenkten nicht älter als 50 Jahre sind. Da es Jahre dauern kann, bis diese von den Höchstgerichten wieder außer Kraft gesetzt wird, sind jene Verwandten zu präferieren, die noch eine große Lebenserwartung haben.

• Eine **jüngere Freundin oder ein jüngerer Freund** erleichtert diese Neuverteilung und hilft so, deren Existenz aus fiskalischen Überlegungen gegenüber der Familie zu legitimieren.

• **Bilder und Antiquitäten** sollten Ihnen keine besonderen Sorgen bereiten. Im Notfall behaupten Sie einfach, es handle sich um Kopien bzw.

Familienerbstücke ohne Sammlerwert. Die Zahl jener Finanzbeamten, die einen Waldmüller von einem Waldmeister zu unterscheiden vermögen, ist relativ klein.

• Unproblematisch sind **höhere Beiträge an Bargeld oder auf einem jederzeit verfügbaren Girokonto**. Da können Sie jeweils guten Gewissens ins Treffen führen, hier handle es sich um die Liquiditätsvorsorge für die nächste Einkommensteuervorauszahlung oder für die kommunalen Tarife der Stadt Wien, sofern Sie in der Bundeshauptstadt wohnhaft sind. Diese werden bekanntlich bald kräftig erhöht. In Niederösterreich können Sie sich beispielsweise als Kultursponsor eines der zahllosen Festivals quer durch das Land outen, in Kärnten wiederum können Sie angeben, sich an der Sanierung der Hypo-Alpe-Adria beteiligen zu wollen.

- üh -



Unter dem Seitentitel „Achterbahn“ wollen wir einen Schuss Humor, einen halbherbst-satirischen Blick auf Aktuelles und eine zusätzliche Portion pointierter Meinung ins hochseriöse Redaktionsprogramm rühren. Zum thematischen Schaukeln und gelegentlichen Verschaukeln. Sparefroh ist jedenfalls angeschnallt. Hier kann er zeigen, dass er auch Humor hat.

DAS LETZTE WORT

Fallweise auch 37 Grad ...

Wer erinnert sich jetzt noch? Als Ende Mai dieses Jahres die ersten sehr warmen Tage ins Land zogen, da bemächtigte sich auch die Zeitungswelt des Themas. Im Boulevardblatt, das nicht ganz zu Recht so heißt wie das ganze Land, schlagzeilte es: Das wird ein heißer Sommer!

Von wochenlangen Spitzentemperaturen rund um die 37 Grad Celsius war da die Rede. Als dann die letzten Julitage und die ersten Augustwochen eher dem fortgeschrittenen Herbst ähnelten, dann sorgte sich der Boulevard neuerlich: Verregnet es uns die sommerliche Tourismusbilanz? Und flugs waren Experten zur Stelle, die dem Wanderurlaub in den Alpentälern keine sonnige Zukunft mehr bescheinigen konnten.

Es ist jedes Jahr die gleiche Hetz, wenn man die Wetterkapriolen in Relation zum jeweiligen Medienecho setzt.

Nur die Moderatoren von Ö3 ficht das alles nicht an. Sie haben eine klare Linie, gleichsam den öffentlich-rechtlichen Auftrag zur Schaffung des gesamtgesellschaftlichen Mehrwerts in der Wetterberichterstattung. Und da es dieser Gesellschaft – nach Ansicht der Ö3-Wetterredaktion – nicht warm genug sein kann, bestehen die einschlägigen Informationen aus einer Mischung von aufgeheizter Sachinformation und einem Maximum an persönlicher Wunschbefindlichkeit. Soll heißen: Bei Temperaturen unter 20 Grad wird die Redaktion von kollektiv-klimatologischer Depression erfasst. Unter 30 Grad wird die Zuhörerschaft in eine Art von nationalem Hoffnungsieber versetzt. Und das im Stundenabstand. Denn es kann ja stündlich mehr werden ...

Wird dann irgendwo im Lande bei einer der vielen Ö3-Wetterstationen das Überschreiten dieser magischen Grenze festgestellt, dann wird diese Gemeinde gefeiert und mehrfach vor den Vorhang gebeten. Seht her, die schaffen's, warum woanders noch nicht?

Kündigen sich mehr als 34 Grad an, dann erst ist Ö3 in seinem wahren Element. Es beginnt eine Art von Ex-ante-Lizitation, die den angeblich nach praller Sonne und schwüler Luft lechzenden Hörern eine Hoffnung vermittelt, die genau so emotionalisiert wie 6 aus 45: Freunde, Hitzekollernde und jene, die es noch werden wollen: Alles ist möglich! „Vielleicht sogar 37 Grad. Wenn auch nur im östlichen Flachland ...“ - üh -

ERLESEN – ERHEITERT – ERLITTEN

„Da sage ich fairerweise, ich würde mich auch ums Justizministerium nicht reißen.“

Ex-Wissenschaftsminister Erhard Busek

„Gerade ich bin in Österreich durch meine sachliche, pointierte Art in Erinnerung.“

FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache

„Es ist selbst in Österreich eine Premiere, dass er zur Belohnung wiedergewählt wird, weil er für die Politik aus dem am leichtesten knetbaren Material geschaffen ist.“

Der ehemalige ORF-Generalintendant Gerd Bacher über ORF-Generaldirektor Alexander Wrabetz

„Der Staat kann dir nichts geben, was er dir vorher nicht weggenommen hat.“

Frank Stronach

„Hunde in Wien sind anders. FP präsentiert Beißstatistik. Berlin nimmt die FPÖ zum Anlass, sich auf die Rasseliste der Stadt Wien einzuschließen.“

Aus der Wiener Bezirkszeitung

Impressum

Herausgeber, Redaktion:
Österreichischer Sparkassenverband,
Grimmelshausengasse 1, 1030 Wien
E-Mail: info@sv.sparkasse.at
Internet: www.sparkasse.at

Redaktion: Dkfm. Milan Frühbauer (Chefredakteur),
Mag. Andreas Feichtenberger, Mag. Sandra Paweronschitz,
Mag. Helmut Reindl
Beirat: Mag. Michael Ikkrath, Mag. Nina Hoppe,
Mag. Michael Mauritz, Mag. Peter N. Thier

Medieninhaber, Konzeption und Gestaltung:
Kommunal-Verlag, Löwelstraße 6, 1010 Wien
Diese Ausgabe wurde am 13.9.2011 redaktionell abgeschlossen.

SPARKASSE
Verband Österreich